

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: KV Leipzig
Beschlussdatum: 25.09.2020

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 146 bis 152:

(114) Das freie Unternehmer*innentum, insb. die Gründer*innen, sind die Treiber*innen für Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital, öffentliche und private Investitionen in Forschung und Entwicklung ebenso wie aufgeschlossene Konsument*innen. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt europaweit neue Ideen und kleine Unternehmen sowie Start-ups und Ausgründungen aus Universitäten europaweit deren Umsetzung mit der Stärkung von Innovationssystemen. Sie unterstützt bei der Finanzierung, konkret beim Transfer von Grundlagenforschung in die Praxis Zugang zu Ressourcen und sorgt für Infrastrukturen ebenso wie Nachfrage-seitig (z.B. über öffentliche Beschaffung). Damit entstehen attraktive Rahmenbedingungen, um für die besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte anzuziehen.

Begründung

„Start-ups“ ist der Begriff, der gemeinhin für Gründungen mit hohem Wachstumspotential verwendet wird. Viele Start-ups haben viel Geld „verbrannt“, wenige überleben 10 Jahre und nur ein Teil von ihnen bringt unter den jetzigen Rahmenbedingungen Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft, die das Gemeinwohl in Deutschland oder die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung voranbringen. Es ist daher unangemessen diese Unternehmen gegenüber anderen innovativen Gründer*innen / Betrieben in Handwerk, Gewerbe und Industrie zu betonen. Die Mehrzahl wichtiger Innovationen in Deutschland kommt nicht aus der wissenschaftlichen Forschung sondern aus dem Mittelstand und dessen Investitionen in neue Prozesse und Produkte.

Zudem ist ein modernes Verständnis von Innovation nicht mehr linear (Grundlagenforschung => angewandte Forschung => Transfer => Einsatz neuer Erkenntnisse in der Wirtschaft), sondern systemisch. Dies beruht auf der Erkenntnis, dass in der Regel vielerlei Akteure in Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Forschung, Wirtschaft und Haushalten (inkl. „Lead user“ etc.) Beiträge dazu leisten, dass eine Innovation erfolgreich in Märkten / der Gesellschaft Fuß faßt.

Mariana Mazzucato (<https://marianamazucato.com/>) betont seit Jahren, dass es für die sozial-ökologische Transformation Aufmerksamkeit nicht nur auf der Angebotsseite (Stärkung von Kompetenzen und Ressourcen aller Art in der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung) sondern auch Maßnahmen auf der Nachfrage-Seite braucht. Nach den „Grünen“ im Europa-Parlament und Österreich, sollte sich auch die deutsche Partei in diese Richtung bewegen.

Derzeit wirbt das BMBF auch aktiv Forscher*innen aus Ländern des globalen Südens an bzw. ab. Der „Brain Drain“ aus Ländern, die selbst alle intellektuellen Kapazitäten dringend für die eigene Entwicklung benötigen, kann nicht im deutschen/europäischen Interesse sein. Daher ist dieser Passus zur Streichung vorgeschlagen.